

Schiefersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiefersteiner Anzeiger) — (Schiefersteiner Nachrichten) — (Schiefersteiner Tagblatt)
(Schiefersteiner Neuzeit Nachrichten) — (Niederwahrner Zeitung)

Anzeigen
für die empfangende Kolonialzeit
über deren Raum 25 Bsp.
Reklamen 10 Bsp.

Bezugspreis
monatlich 95 Bsp. mit Fragner-
post 115 Bsp. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Bsp.
auschl. Postgeb.

Erscheinung: Dienstag,
Donnerstag, Samstag

Druck und Verlag:
Probst'sche Buchdruckerei
Schieferstein.

Verantwortlicher Schriftleiter:
Wilhelm Probst, Schierstein.

Postamt Nr. 584.

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 18681.

Telefon Nr. 584

Nr. 17.

Dienstag, den 10. Februar 1920.

28. Jahrgang

Die Auslieferungsfrage.

Am Samstag den 7. Februar 1920, überreichte in später Abendstunden der französische Geschäftsträger dem Reichskanzler die Auslieferungsliste mit der unvollständigen Bescheinigung. Der Rote war ein Brief an den Reichskanzler beigelegt. Der Wortlaut der beiden Schreiben ist folgender:

Paris, den 3. Febr. 1920.

Herr Präsident! In Ausführung des § 3 des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Protokolls beziehe ich mich, Ihnen anbei im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der britischen, französischen, italienischen, belgischen, polnischen, rumänischen, serbisch-kroatischen und slowenischen Regierung gemäß Artikel 228 Absatz 2 des Versailler Vertrages aufgestellten Liste zu überreichen.

In der Aufstellung dieser Listen sind nicht alle die mit einbezogen, welche sich im Laufe des Krieges der von deutschen Reichsangehörigen begangenen zahllosen Verbrechen schuldig gemacht haben. Die oben bezeichneten Regierungen haben geglaubt, schließlich Weise darin nur Personen aufzuführen zu sollen, welche anscheinend die schwerste Verantwortung trägt. Die so aufgeführte Zahl der Schuldigen bleibt weit zurück hinter der von deutschen Staatsangehörigen in Verletzung der Befehle und Gebote des Krieges begangenen Verbrechen.

Es liegt nicht in der Absicht der genannten Regierungen, Verbrechen derjenigen zu amnestieren, die in den beigelegten Listen nicht mit aufgeführt sind. Die vorliegende Liste berührt in keiner Weise das Recht der Staaten, sie innerhalb ihres Gebietes zu verfolgen.

Gemäß Artikel 228 des Friedensvertrages, sind die auf den beigelegten Listen aufgeführten Schuldigen, sei es unter dem Namen nach, sei es nach dem Grade der Amtsausübung oder Amtsverwendung, zu der sie von den deutschen Behörden herangezogen waren, bezeichnet.

Die oben bezeichneten Regierungen behalten sich vor, von der deutschen Regierung, sowie dies in Artikel 230 des Vertrages vorgesehen ist, Urkunden und Auskünfte jeder Art zu verlangen, deren Beschaffung zur vollständigen Aufklärung der strafbaren Handlungen, zur Ermittlung der Schuldigen und zur genauen Abschätzung der Verantwortlichkeit für erforderlich erachtet werden sollte.

Eine weitere Mitteilung wird sie in Beantwortung Ihres Schreibens Nr. 88 (gemeint ist die Note Versners in der Auslieferungsfrage vom 25. Januar 1920 D. N.) die Umstände wissen lassen, unter denen die alliierten Mächte die Bestimmungen des Friedensvertrages über diesen Punkt ausgeführt zu sehen wünschen.

Geschätzten Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner Hochachtung.

des A. Millerand.

Der Brief an den Reichskanzler.

Herr Reichskanzler! In Ausführung des Artikels 228 des Vertrages von Versailles und gemäß § 3 des Protokolls vom 28. Juni 1919 habe ich in meiner Eigenschaft als Präsident der Friedenskonferenz am 3. Februar Herrn v. Versner, dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, im Namen der alliierten Mächte ein Exemplar der von der englischen, französischen, italienischen, belgischen, polnischen, rumänischen und serbisch-kroatisch-slowenischen Regierung aufgestellten Listen zugesandt. Diese Listen waren von einem Brief beigelegt, der — es sei nicht besonders bemerkt — festlegte, daß nach Prüfung der in dem Briefe Nr. 88 des Vorsitzenden der deutschen Delegation enthaltenen Erwägungen weitere Mitteilungen der Bedingungen wissen lassen würde, unter denen die alliierten Mächte die betreffenden Bestimmungen des Friedensvertrages erfüllen zu sehen wünschen. Herr v. Versner hat auf diese Mitteilung mit einem Briefe geantwortet, dessen Absicht die Handlung des Herrn v. Versner eine persönliche Verantwortung trägt. Sie haben in der Tat nicht annehmen können, daß diese Regierung sich der Verantwortung des Vertrages von Versailles eingegangen ist und daß sie nach weniger als einem Monat nach Inkrafttreten des Friedensvertrages, sich vorsätzlich weigern die wesentliche Bestimmung des Vertrages zu erfüllen. Ich habe also die Ehre, Eurer Excellenz die Liste, welche Herr v. Versner in Empfang zu nehmen sich geweigert hat, überreichen zu lassen, sowie den Brief, der ihr beigelegt war. Dieser Brief ist vom 3. Februar d. J. datiert. Die Mächte haben demnach die durch das Protokoll vom 28. Juni 1919 bestimmte Frist eingehalten. Geschätzten Sie, Herr Reichskanzler, die Versicherung meiner ausgedrückten Hochachtung.

Die Auslieferungsliste.

Die Auslieferungsliste umfaßt 194 Seiten und zerfällt in sieben Abschnitte. Der erste Abschnitt umfaßt die von England geforderten Personen mit der Zahl 100, der zweite die von Frankreich geforderten mit 334 Namen, der dritte die von Italien geforderten mit 29 Namen, der vierte die von Belgien geforderten mit 334 Namen, der fünfte die von Polen geforderten mit 53 Namen, der sechste die von Rumänien geforderten mit 41 Namen und der siebente die von Jugoslawien geforderten mit 4 Namen.

Änderungen?

Ein deutsches diplomatisches Korrespondent, daß die englische Regierung ihrem Berliner Geschäftsträger eine Note übermittelte, die er dem Reichsminister für auswärtige Angelegenheiten, Müller, überreichen sollte, und die der Regierung den Entschluß erkläre solle. Das Blatt fügt hinzu, man dürfe nicht erwarten, wenn einige Änderungen an dem Auslieferungsverlangen vorgenommen würden. Die Regierungen seien nicht vollständig einig über den einzulagernden Beg. Der amerikanische und japanische Delegierte, ebenso Lloyd George und Lord Curzon hätten sich vollkommen überzeugt von den Schwierigkeiten, die die deutsche Regierung erfahre. Aber die französische Regierung sei vollkommen anderer Meinung, während Italien einen zwischen beiden gelegenen Standpunkt einnehme. — Diese Nachricht verbreitet der Londoner Korrespondent des „Welt Journal“.

Reuter meldet unterm 8. Februar aus Paris: Als der Rat der Vorkonferenz die Liste der Schuldigen am Mittwoch nach Berlin sandte, gab er sich völlig der Erwartung hin, daß man in London dieser Aktion zustimme. Der britische Lordkanzler traf jedoch gestern früh aus England ein und teilte dem Rat der Vorkonferenz mit, daß Lloyd George seinen Standpunkt geändert habe. Die Reuter weiterhin meldet, daß der Lordkanzler und der Attorney General teilnahmen, zu deren Ansicht, die Alliierten müßten erst den nächsten Schritt der deutschen Regierung abwarten, bevor sie selbst etwas unternähmen.

Zwangsmahnahmen.

Bei der Debatte über die auswärtige Politik Frankreichs führte Ministerpräsident Millerand über etwaige Zwangsmahnahmen gegen Deutschland aus: Er verlas den Artikel 429 und sagte: Ich habe die Absicht, Deutschland zu benachrichtigen, daß im Falle offenkundiger Nichtausführung einer seiner Verpflichtungen die in Artikel 429 vorgesehenen Strafen für aufgehoben erklärt werden würden und nicht mehr laufen. Der Ministerpräsident verlas auch das Kohlenabkommen und sagte, falls Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkomme, werde man zu wirtschaftlichen und finanziellen Repressalien und allen anderen nützlich erscheinenden Maßnahmen greifen, ohne daß Deutschland das Recht habe, sie als einen feindseligen Akt zu betrachten. Die Alliierten behielten sich das Recht vor, militärische oder andere Zwangsmahnahmen zu treffen. (Beifall mit Ausnahme der äußersten Linken.) Millerand fuhr wörtlich fort: Ich beabsichtige also, wenn der Augenblick gekommen ist, mich aller Maßnahmen zu bedienen, die der Vertrag mir an die Hand gibt. Ich erkläre von der Tribüne herab, ohne drohen zu wollen und nur deshalb, damit die Frage sehr klar und wohl erhandelt werde, daß wir beabsichtigen, von Deutschland nichts zu verlangen, was es uns nicht auf Grund des Vertrages schuldig ist. Um dies zu erzielen, werden wir alle Maßnahmen treffen, die der Vertrag uns an die Hand gibt.

Nach dem „Matin“ sind die Alliierten bezüglich der Haltung im Falle einer Weigerung Deutschlands verschiedener Meinung. Das Blatt sagt: Es wäre gefährlich, dies zu verheimlichen, weil die Lektüre der englischen Presse nach dieser Richtung lehrreich ist. Das „Journal“ sagt: Die Entschlossenheit Millerands hat den nicht wieder gutzumachenden Fehler, den ein Jurist zweifeln vor dem einfach angelegten Widerstand dargestellt hätte, vermieden. Das ist ein bedeutendes Ergebnis; denn eine Kapitulation dieser Art hätte den Vertrag glatt vernichtet. Das „Echo de Paris“ stellt noch einmal fest, daß alle Klauseln des Vertrages und die Schuldigen Deutschlands von Lloyd George kommen, und fragt, warum heute Lloyd George sein Wort verweigere. Man erzählt, daß die Namen der Schuldigen ihm nicht mitgeteilt worden sind. Lloyd George ist es auch gewesen, der als großer Wahlvorteil es für angezeigt gehalten hat, zu schreiben: Wilhelm 2. an den Galgen und die deutsche Börse an den Galgen bis zum letzten Ton! Heute laßt

sich die patriotische Gesellschaft von ihm los, und er sucht eine andere. Wenn Deutschland nicht erfüllen kann oder will, was es versprochen hat, dann muß man eine Kompensation verlangen.

Scheidemanns Ansicht.

In der „Nationalzeitung“ beschäftigt sich Scheidemann mit der Auslieferungsfrage. Er schreibt:

Nach den vorliegenden Tatsachen ist die Lage, so verzweifelt sie auch sein mag, ganz klar: die Regierung muß wenigstens versuchen, den von ihr unterzeichneten Vertrag auch erfüllen zu können. Daß ihre Bestrebungen mißglücken werden, war mir schon im Juni 1919 klar. Der Regierung bliebe also nur übrig, die von der Entente verlangten Opfer aufzufordern, sich den Schergen der Entente freiwillig zu stellen. Da aber jeder weiß, daß er nach deutschem Recht seinem oberlichen Richter, das heißt einem deutschen Richter, nicht entzogen werden darf, so werden sich die auf der Auslieferungsliste bezeichneten Männer und Frauen wahrscheinlich nicht stellen. Was dann? Wahrscheinlich wird die Entente durch den jetzt einsetzenden Notenausgleich einige Zeit verstreichen lassen. Aber wenn sie auch ein langsameres Tempo einschlagen sollten, so ist kaum damit zu rechnen, daß sie die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen unjenseit beschleunigen wird. Hoffentlich steigert sich inzwischen das Pflichtgefühl der Freunde des deutschen Nationalen Herrn v. Graße und veranlaßt sie zur restlosen Auslieferung von Korn und Kartoffeln. Wenn die Herabsetzung der Brot- und Mehlration recht schnell wieder aufgehoben werden könnte, so würde das ein nicht zu unterschätzendes Stimmungsmittel sein. Was die Entente alles tun wird, wenn ihr Verlangen unerfüllt bleibt, weiß zur Stunde niemand. Wir wollen uns gar keinem Zweifel darüber hingeben: Sie kann, wenn sie will, ganz Deutschland „per Wienern“. Aber was hätte die Entente damit gewonnen? Was man Deutschland nimmt, raubt man der ganzen Welt. Die verlangte Auslieferung ist ein Spiel mit dem Feuer, das für die Entente ebenso furchtbar enden könnte wie für Deutschland. Was an dem Friedensvertrag unerfüllbar ist, kann nur von einer Regierung erfüllt werden, die aus den jetzigen Regierungspartien zusammengesetzt ist. Sprengt die Entente diese Regierung, dann bringt sie damit auch alle ihre Hoffnungen auf Wiedergutmachung in die Luft.

Eine neutrale Betrachtung.

Die in Kristiania erscheinende Zeitung „Nationen“ wendet sich in einem Leitartikel mit großer Schärfe gegen die Auslieferungsfrage. Diese Forderung müsse Entschlossen in allen neutralen Ländern erwecken, ohne Rücksicht auf deren Sympathien oder Antipathien während des Krieges. Mit der Schuldfrage habe die Auslieferungsfrage nichts zu tun. Alle Kulturmenschen wünschten einen unparteiischen Gerichtshof. Selbst der gemeinste Schuft und Verbrecher habe das Recht, vor einem unparteiischen Gerichtshof gestellt zu werden. Dieses Recht hätten auch die verantwortlichen leitenden Männer des deutschen Volkes während des Weltkrieges. Wenn sie jetzt vor den Richterstuhl ihrer Todfeinde berufen würden, so bedeuete dies, daß die 900 im voraus verurteilt seien.

Die englische Presse.

Dast in der gesamten englischen Presse findet die Auslieferungsfrage keine Zustimmung. „Daily Express“ nennt sie einen gewaltigen Mißgriff. Die Lage sei jetzt so, daß die Alliierten entweder Deutschland zwingen müßten und dabei einen Sieg der Spartakisten riskieren, oder sie müßten ihren Standpunkt aufgeben, dann würden sie ihr ganzes Prestige und ihre Autorität verlieren. Als die einzige Möglichkeit hält das Blatt einen internationalen Gerichtshof in einem neutralen Lande.

Eine Unterredung mit Erzberger.

Regierung und Volkstimme.

Reichsfinanzminister Erzberger gewährte dem Sonderkorrespondenten der „Daily Mail“ eine Unterredung, in der er u. a. äußerte, er sehe auf dem Standpunkte, daß die Auslieferung irgendeines Deutschen einfach und durchführbar ist und in diesem Punkte die Forderung und das ganze deutsche Volk völlig einmütig und keine deutsche Regierung wird anders handeln können. Das deutsche Volk bildet in dieser Frage eine Einheitsfront, die nicht zu erschüttern ist.

Auf die Frage, ob dieser Standpunkt nicht in Widerspruch mit der 2. Auflage der Annahme des Friedensvertrages, erwiderte der Minister, die Regierung habe seinerzeit alles erdenkliche getan, um die Auslieferung der entsprechenden Artikel zu erreichen. Der Minister selbst habe in den kritischen Tagen mehrerer alliierten Vertretern die Unmöglichkeit der Auslieferung von Paragraphen darauf an und auf verschiedene praktische

Vorschläge gemacht. Von den betreffenden Vertretern seien ihm gute Aussichten gemacht worden. Als Clemenceau dann trotzdem ohne jeden Vorbehalt die Unterzeichnung innerhalb 24 Stunden gefordert habe, habe Erzberger in der Nacht noch einmal vergeblich versucht, durch einen Mittelsmann die Alliierten zur Verzichtnahme zu bringen. So blieb der Regierung und der Nationalversammlung am 23. Juni nichts anderes übrig, als unter ungeheuerem Zwang und der Drohung des Einmarsches die Friedensbedingungen ohne Vorbehalt anzunehmen. Sie hofften dabei auf eine künftige Besserung der Zeit und rechneten damit, durch neue Verhandlungen die Ausführung des Schmachparagrafen abzuwenden zu können. Auf die Frage des Berichterstatters nach diesen Verhandlungen sagte Erzberger, die Regierung habe darüber ja bereits Mitteilungen und Anzeigen veröffentlicht, die den nötigen Aufschluss geben. Er selbst sei soweit gegangen, das ihm der Bericht der Alliierten auf die Auslieferung mit Waffen auf anderen Gebieten nicht zu teuer erkaufte seien. Er habe deshalb mit einer alliierten Macht über den Vertrag verhandelt und sei bereit, ihn zum Abschluss zu bringen, falls dieselbe alliierte Macht von der Auslieferung deutscher Staatsangehöriger Abstand nehmen und bei den Alliierten in entsprechendem Sinne eintrete. Leider seien die dem Minister in diesen Punkten gegebenen Zusicherungen nicht eingehalten worden.

Der Berichterstatter fragte weiter, ob die alliierten aus der Faltung des deutschen Volkes nicht den Schluss ziehen könnten, daß Deutschland die Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht einhalten wolle.

Erzberger erwiderte: Dieser Schluß entspricht weder den Absichten der deutschen Regierung, noch den Tatsachen. Meine Finanzreformarbeit geht gerade dahin, Deutschland für die Wiedergutmachung leistungsfähig zu machen; denn nur auf einer gesunden Grundlage kann es seinen Verpflichtungen gerecht werden. Wenn die Alliierten bedenken, was Deutschland bereits jetzt abzugeben hat, so können sie von einem mangelnden guten Willen zur Erfüllung des Friedensvertrages nicht sprechen. Die Saargruben, Reichs- und Staatsbesitzungen in den abgetretenen Gebieten, Handelsflotte, Kohlen, Blei, Farbstoffe, Maschinen, Eisenbahnmateriale, Kabel, Schulden der Kriegsverbündeten an uns, alles zurückgelassene Material und die Kosten für das Besetzungsheer — alles dies macht eine Summe von 44 Milliarden aus. Wir erfüllen unsere Verpflichtungen, obwohl uns durch das Verhalten der Alliierten infolge des Loches im Westen ungeheure wirtschaftliche Schäden zugefügt worden sind. Die Entente hat uns unfaire internationalen Werte, die Kabel, Kolonien und Auslandsbesitzungen weggenommen. Deutschland ist jener biblischen Figur zu vergleichen, der der barmherzige Samariter sich näherte. Mit Paul will ich anerkennen, daß der erste barmherzige Samariter Solanand war. Um unser wirtschaftliches Leben wieder in Gang zu bringen, müssen die Alliierten auch ihrerseits den Artikel 235 zur Ausführung bringen und uns Lebensmittel und Rohstoffe zukommen lassen.

Die Auslieferung ist unumkehrbar und unumgänglich. Sie untergräbt den Wiederaufbau. Dagegen ist Artikel 235 die Grundlage für den Wiederaufbau. Daß Deutschland guten Willens ist, hat es bereits gezeigt. Ich ermahne nur daran, mit welcher Ruhe die Räumung der besetzten Gebiete erfolgte. Ich hoffe bestimmt, daß die alliierten Regierungen von ihrer Auslieferungspflicht an Absicht haben, und bin überzeugt, daß die Ententevertretungen in Berlin, die die deutschen Verhältnisse aus eigener Anschauung kennen, dieselbe Auffassung teilen wie die ganze Regierung und das ganze deutsche Volk.

Die englische Vermittlung.

Vor dem Völkerbundgericht
Mailand, 8. Febr.

Angeichts der bei der Entente entstandenen Meinungsverschiedenheiten über die Auslieferungsfrage ist die Friedenskonferenz, wie der Sonderberichterstatter des „Corriere della Sera“ meldet, übereingekommen, die Aburteilung der schuldigen Deutschen dem Völkerbund zu übertragen. Dieser Ausweg ist auf Grund des Artikels 19 des Friedensvertrages von Versailles möglich, der unter gewissen Umständen die Nachprüfung von Vertragsbestimmungen vorseht. Frankreich hat die

ten Ausweg auf Drängen Englands hin angenommen. Die Hufe der Schuldigen wird indessen gleichwohl durch den französischen Geschäftsträger überreicht (was bereits am Samstag geschehen ist D. R.), in der jedoch nicht ausdrücklich die sofortige Auslieferung der angeführten Persönlichkeiten verlangt wird. Grundsätzlich wird damit die Möglichkeit einer verständigen Abänderung des Artikels 19 anerkannt.

Wie der Gewährsmann des „Corriere della Sera“ betont, geht die Bedeutung des Beschlusses weit über den bloßen Vorlaut hinaus, indem damit ausdrücklich schon jetzt die Notwendigkeit der Durchsicht des Vertrages gegeben wird. Die Deutschen hätten jetzt nur zu bedauern, daß der überstürzte Beschluß (welcher? D. R.) dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorausging und damit die Teilnahme seiner Vertreter an so brennend wichtigen Fragen ausschloß. Diese verständliche Lösung habe, wie den Blättern aus Paris bestätigt wird, der britische Justizminister Lord Birkenhead herbeigeführt, der im Auftrage des englischen Premiers für die Milderung eintrat, um der deutschen Regierung die Befriedigung der Alliierten zu erleichtern und in Deutschland nicht eine Volksstimmung zu Gunsten der Realisation hervorzurufen.

Die Auffassung in Berlin.

Die am Samstag abend in der zehnten Stunde vom französischen Geschäftsträger überreichte Hauptnote war die gleiche, die Freiherr v. Versner vor einer Woche zurückgewiesen hat. Es ist also weder eine Milderung noch eine Verschärfung eingetreten. Die Note läßt weder Verhandlungen zu, noch schneidet sie sie ab. Sie ist wohl nur abgefaßt worden, um die im Friedensvertrag vorgesehenen Frist einzuhalten. Sie verweist im übrigen auf eine weitere Note, die in Beantwortung der deutschen Note vom 25. Januar erfolgen wird. Die deutsche Regierung wird infolgedessen, bevor sie weitere Schritte unternimmt, diese zweite Note abwarten. In Berliner politischen Kreisen beurteilt man die Nachrichten aus England nicht so günstig, wie es in einem Teil der Presse geschehen ist. Die Erfahrungen, die man früher gemacht hat, so z. B. in der Scapa-Flow-Angelegenheit, mahnen zur Vorsicht.

Die Toten der Liste.

In der Auslieferungsliste kommen nicht nur Namen doppelt und dreifach vor, auch wenn die Auslieferung von demselben Lande gefordert wird, sondern es werden auch *notorisch* Tote vom Ententegerichtshof gefordert. Dabei handelt es sich nicht nur um Personen die sich in untergeordneter Stellung befanden und von deren Ableben die Entente nicht unbedingt Kenntnis haben mußte, sondern gerade um Persönlichkeiten, die hervorragende Stellungen eingenommen haben. So wird die Auslieferung des Generalstabschefs Grafen v. Sasselecker gefordert, der als — man kann es nicht anders nennen — Zuschauer sich im Hauptquartier des Kronprinzen aufgehalten hat. England will den Admiral v. Jungenschil ausgeliefert erhalten, der ebenfalls bereits zu den Toten gehört. Ferner wird von Belgien verlangt der Hauptmann Eder von der Flanisch, Adjutant des Kronprinzen, der 1915 im Felde gefallen ist. Vielleicht stehen auch schon andere Namen auf der Totenliste, die jetzt auch in der Auslieferungsliste enthalten sind, und die nicht erwähnt werden können, weil bei dem Fehlen jeder näheren Bezeichnung nicht genau festgestellt werden kann, um wen es sich handelt.

Verteidigungsmaterial.

Die Admiralität teilt mit, daß sich unter den Namen, die auf der Auslieferungsliste verzeichnet sind, 27 U-Bootkommandanten befinden, ferner alle drei überlebenden Chefs des Admiraltabs, drei Kreuzeroffiziere, der Kommandant der Hochseeflotte, Admiral v. Trotha, die deutschen Staatssekretäre v. Tirpitz und Capelle und schließlich auch der Kommandant des Hilfskreuzers „Wolf“. Es ist sehr interessant und bemerkenswert, daß die deutsche Regierung einen sehr großen Teil des Verteidigungsmaterials vollkommen aus-

geliefert hat. So ist das Verteidigungsmaterial der Kronprinzen Rupprecht von Bayern und den Prinzen Friedrich schon vollkommen fertiggestellt und die Anwärter sind ausgewählt, welche die Angelegenheit der Prinzen verteidigen sollen. Auch für die anderen Personen, die für die Vorwürfe in der Liste zur Verantwortung gezogen werden sollen, ist die Verteidigungsmaterial bereits fertiggestellt.

Parlament und Regierung einig.

Berlin, 10. Febr. Der Ausschuss für andere Angelegenheiten beschäftigte sich gestern Nachmittag mit der Auslieferungsfrage. Zum Schluß der Verhandlungen wie alle Sitzungen des Ausschusses, streng waren, faßte der Vorsitzende Scheidemann das folgende Beschlüssen zusammen:

Unbeschadet mancherlei Ausstellungen im einzelnen stelle ich fest, daß der Ausschuss in der Auslieferung sich einverstanden erklärt mit dem bisherigen Beschlüssen und den vorgesehene Schritte der Regierung. Der Ausschuss erwartet, daß er vor weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig berufen wird, daß er dazu nehmen kann.

Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung beriet gestern von 10 Uhr vormittags die Nachmittagsstunden über die Auslieferungsfrage. Beschlüsse zu fassen. Als Ergebnis der Besprechungen sich auch der Reichskanzler und der Minister für Auswärtige beauftragt, konnte der „Vorwärts“ stellen, daß die Fraktion mit der grundsätzlichen Haltung der Regierung einverstanden ist. Es wurde der Regierung ausgesprochen, die Regierung möchte in nächster Zukunft an dem Standpunkt festhalten, da die Unbilliges von uns fordere, und daß zugleich vermieden werde, was zur Aufspaltung der nationalen Leidenschaften auf beiden Seiten geeignet sei.

System Müller
Berlin-Johannisthal

Allerlei Nachrichten.

Kaiser Karls Vermögen.

Die Wiener politische Korrespondenz schreibt über die Darstellung eines Wiener Blattes, als Vermögensverhältnisse des Kaisers Karl insofern nicht einwandfrei vorgehen der österreichischen Regierung sehr bedrängt wären, ist festzustellen, daß die Regierung hinsichtlich des aus dem Boden der beständigen Vermögens des Kaisers ausschließlich den diesbezüglichen Befehlen handelt. Für die österreichische Regierung bleiben die erwähnten Befehle und der stand richtungsgemäß, daß Kaiser Karl sich selbst halb des Bodens der Republik gestellt hat. Erfolgreich verfügt über dies entgegen der Meldung des Blattes derzeit über ein Millionenvermögen, dessen Höhe die Berechnung der zum Privatbesitz des Kaisers, seiner Gemahlin, gehörenden Juwelen einen außerordentlich bedeutenden Zuwachs erfährt. Eine große Bekleidungs- und das Einkommen des Kaisers allerdings durch die Befehle des ausgedehnten Hofstaates in der Zeit für diesen Befehl berechnung läßt sich aber kein leuchtender Grund geltend machen. Auch die Mitteilung, daß Österreich die Auslieferung des privaten Vermögens des Kaisers durchsetzen und sein persönliches Privatvermögen solange unter Sperre halten wollte, bis die Schatzkammer der Republik angefüllt sei, ist unter den Juweliers, die von der kaiserlichen

Jolanda und Salomea

Roman von Erich Friesen.
31. Fortsetzung.

Am nächsten Tage schon trifft im Palazzo Bonmartino ein Schreiben folgenden Inhalts ein:

Herrn Marchese Bernardo Bonmartino. Sehr geehrter Herr! Gestern ist meine Frau zurückgekehrt. Sie beauftragt mich, Ihnen mitzuteilen, daß sie auf Ihre Unterstützung verzichtet. Aus welchen Gründen, ist wohl selbstgültig.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Carlo Belloni.

Der Brief entfällt Bernarbos Hand. Seine Lippen öffnen sich ein wenig, als könne er das soeben Gelesene nicht fassen.

Träumt er? . . . Diese bettelarme Frau wolle sein „großmütiges“ Anerbieten zurück? . . . Etwa aus Stolz? . . . Oder steckt irgend etwas anderes dahinter?

Ein feines, gutmütiges Wesen taucht vor seinem geistigen Auge auf und ein langer, struppig-roter Bart und eine bläuliche Hühnerstirn.

Bei diesem Blick wird dem braven Marchese plötzlich unbehaglich. Seine Gedanken schweifen viele, viele Jahre zurück, da er in Benedig Gelegenheit hatte, den Ruf und den Jähzorn Paolo Rossos kennen zu lernen. Damals hatte beides seinen Vater, dem alten Marchese, fast das Leben gekostet. Der weiß, wozu der Mensch jetzt fähig ist! . . .

Seige, wie die weißen Verbrenner sind, wenn es gilt, mutig einem herannahenden Ungemach ins Auge zu schauen, ist Bernarbo nicht unzulänglich, heute Abend ruhig dem Weibchen und dessen Tochter, besonders aber ihrem Bräutigam, dem „Staatsanwalt“ gegenüberzutreten.

Er läßt sich mit Unwohlsein entschuldigen und bleibt in seinen Zimmern — auch während des Abendessens.

Stilvio Graziano, der in letzter Zeit alles, was im Palazzo Bonmartino vorgeht, mit misstrauischen Augen anzusehen beginnt, erblickt auch in diesem Fernbleiben des ihm ohnehin antipathischen Mannes ein verdächtiges Moment. In das „Unwohlsein“ glaubt er nicht, da es bei

seinem Kommen dem Marchese Bernarbo auf der Treppe begegnete.

Auch er kämpft einen schweren Kampf mit sich. Sein Gerechtigkeitsgefühl diktiert ihm streng und unerbittlich:

„Berge dich nicht, wie es mit jener Erbschaftsangelegenheit steht! Geh ans Gericht! Nimm Einfluß in das dort liegende Testament des alten Marchese Roberto Bonmartino! Und wenn ein Verbrechen begangen worden ist, so überlebe die Schuldigen dem Gericht! Das ist deine Pflicht als Reich und als Staatsanwalt!“

Seine Liebe indes, die ihn schwach macht in diesem Kampfe mit sich selbst — sie flüstert ihm schmeichelnd zu: „Willst du deine Frau unglücklich machen, indem du ihr den Vater raubst? Was geht dich die ganze Sache an? Was Frau Belloni und ihre eingebildeten Rechte?“

Und heute Abend, da Bernarbo Bonmartino sich nicht blicken läßt — der junge Staatsanwalt fühlt, daß dies hauptsächlich selbsterregte Geschichte —, heute Abend werden seine bisherigen Vermutungen bei ihm fast zur Gewißheit.

Mit wachsender Beunruhigung sieht er dem Tag entgegen, den ihn mit Jolanda für immer verbinden soll. Ihm ist, als ob er durch sein Eintreten in die Familie Bonmartino stillschweigend ein früher begangenes Verbrechen anheißt, gewissermaßen in den Kreis eines dunklen Scheinwerfers gezogen wird, welches das offene Tageslicht scheut.

Eine stille Hochzeit im St. Petersdom. So wünscht es Jolanda. Keine großen Festlichkeiten, kein Jubel und kein Trübel. Nur im engsten Familienkreis.

Sie fürchtet die Aufregung für ihren Vater.

Überhaupt — je näher dieser wichtigste Tag ihres Lebens heranrückt, umso stiller wird sie.

Es ist die bevorstehende Trennung von dem Vater, welche sie so erschreckt! . . . Oder drückt sonst etwas ihr ebendem so frohgemutes Herzchen?

Heute traf ihr Brautkleid ein — das reine Wunder an edler, einfacher Schönheit. Die Jose Assunta hat es aus zwei Stühlen weit ausgedreht. In mattem, edlen Glanz erstrahlte es vor den erhellten Augen der jungen Braut. . . .

Wolgen, mochte um diese Zeit — da fährt sie zum Petersdom. . . . Der Priester legt ihre Hand in die des liebsten Mannes. . . . er segnet ihren Bund.

Sie ist dann nicht mehr die Marchesina Jolanda Bonmartino; sie heißt fortan Jolanda Graziano — ihm hörend, dem Manne ihrer Wahl, „bis daß der Tod scheidet.“

Jeucht steigt es ihr in die Augen. Wie immer, so so recht von Herzen glücklich ist, denkt sie an all die men Menschenkinder, die, weniger vom Schicksal begünstigt als sie selbst, des Lebens nie recht froh werden. . . . So auch jetzt.

Das Wunder, daß ihre Gedanken zu jener Frau fliegen, die durch verwandtschaftliche Bande ihr nahesteht, die sie doch nicht offen und frei als Verwandte anerkennen darf.

Und wieder, wie schon einmal vor ein paar Wochen zieht es sie mächtig hin zu Salomea. Ihr ist, als ob am Tage vor ihrer Hochzeit mit dieser Frau noch hätte müssen.

Eine halbe Stunde später schon hält ihr Wagen dem Hause Via Flaminia Nr. 85.

Trotzen im höchsten Grade wird sie mit herzlichster Begrüßung empfangen. Die Kinder lachen und jubeln bei ihrem Anblick und auch Salomea begrüßt sie aus wärmster.

Es ist das erste Mal, daß die beiden Frauen einander freundschaftlich gegenübersehen.

Nicht so weit entfernt die Luft zwischen ihnen, damals, als Salomea, mit feindlichen Gefühlen im Gesicht und streng der amüßigen, eleganten Marchesina nachsah.

Heute ist Jolanda die unruhigere von beiden. Die Bewegung, welche eine jede Braut am Tage vor ihrem Hochzeitbesuch, hat ihr sonst so rosiges Antlitz mit einer

ten Blässe überhaucht. Salomeas schmale Wangen färben warme Rote, welche sie jünger, voller erscheinen lassen — aus wirklicher Freude über den seltenen Besuch.

„Wie froh bin ich, daß Sie gekommen sind, Herr Bonmartino!“

Fortsetzung

nach der Zerschlagung angenommen wurden, befinden sich auch solche, die nicht Privatigentum darstellen.

Die Befehung des linken Rheinufers.

Der „Matin“ hat eine Erörterung eröffnet über die Frage ob Clemenceau es gewesen sei, der die Befehung des linken Rheinufers verlangt habe. Sein Autoritätlicher Laidieu bejahet dies ausdrücklich. Der „Matin“ hatte jedoch auf Denkschriften des Marschalls Foch hingewiesen und deren Veröffentlichung verlangt. In einer Rede in der Academie Francaise nahm Präsident Poincaré, der den neuangewonnenen Marschall Foch zu beglückwünschte, darauf Bezug, indem er sagte: „Sie hatten den Krieg zu machen. Ihre Aufgabe war es nicht, Frieden zu schließen. Sie hatten indes das Recht zu sagen, wie nach Ihrer Ansicht der Friede aussehen müsse, um besser den Wiederbeginn des Krieges zu verhindern. Die Festschriften, die Sie seit dem Monat November verfaßt haben, um die militärischen Sicherheiten zu begründen, die Sie für unumgänglich hielten, tragen den Stempel Ihrer Vaterlandsliebe und Ihrer Erfahrung. Können wir, daß es die Welt niemals zu bereuen haben wird, daß sie sich nicht vollständig von Ihren Ansichten hat leiten lassen.“ Der „Homme Libre“, was Blitt Clemenceaus, sagt dazu: „Was man in der Akademie gemacht habe, sei noch keine Geschichte, aber schon ein Roman, den man seit einigen Tagen in gewissen Zeitungen darbietet. Es sei seltsam, daß dieser Roman begonnen werde an dem Tage, nachdem der Mann, der den Frieden geschlossen hat, sich an Bord ins Schicksal mit von Frankreich befindet.“

Das Kabinett Millerand.

Le Journal schreibt: Es steht fest, daß Deschanel nach seinem Amtsantritt am 18. Februar die Demission des Kabinetts Millerand abgeben werde. Letzteres wird daher in Funktion bleiben und am nächsten Tage die Präsidentenbotschaft anfordern. Letztere ist bereits fast fertiggestellt. Ohne feilschen, kann man jetzt schon behaupten, daß Deschanel in fernigen, kraftvollen Sätzen alle seine Ideen hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik darin niedergelegt hat. Man findet in diesem Dokument alle die hohen Ideen wieder, die Deschanel so oft in der Kammer und bei den von ihm geleiteten Zeremonien zum Ausdruck gebracht hat.

Die Amerikaner.

Präsident Wilson hat an den Senator Hitchcock ein Schreiben gerichtet, in welchem er ihm mitteilt, daß er seinen Vorbehalten zum Friedensvertrag zu stimmt. Der Senator gab von diesem Schreiben den republikanischen und demokratischen Senatoren Kenntnis, die hierauf eine Konferenz abhielten, um zu versuchen, eine Einigung zwischen den Parteien hinsichtlich dieser Vorbehalte zu erreichen, was jedoch nicht gelang.

Heimkehr der Gefangenen.

Außer den Kriegsgefangenen in Frankreich, deren Heimtransport bis jetzt so gütliche Fortschritte gemacht hat, daß hunderttausend bereits die Heimat wieder erreicht haben, befinden sich noch zahlreiche Kriegsgefangene in Sibirien. Nach einem russischen und schwedischen Noten Kreuz anscheinend ein Plan sollten vorzugsweise die von einer russischen Kommissionskommission ermittelten invaliden Kriegsgefangenen in die Heimat zurückzuführen dürfen, jedoch auf eigene Kosten, die etwa 200 Dollar betragen. Obwohl inzwischen der Oberste Rat der Alliierten angeordnet hatte, daß deutsche Gefangene in Sibirien nicht eher heimgeschafft werden dürfen bis sämtliche in Sibirien befindlichen Tschecho-Slowaken abtransportiert worden sind, hat sich die deutsche Regierung dennoch bereit erklärt, für jeden deutschen Gefangenen in Sibirien die Summe von 200 Dollar zu hinterlegen, sobald sich die Möglichkeit eines Abtransportes bewerkstelligen läßt.

Aus Spanien sind über Genua 75 Zivilinternierte beurlaubt worden; außerdem kamen aus Spanien 43 Fremdenlegionäre in Konstantinopel an.

Auch in Rumänien befinden sich noch etwa 1000 Kriegsgefangene, nachdem lediglich zwei deutsche Lazarettzüge 855 Kriegsgefangene und 86 Zivilinternierte abgeholt haben. Zu weiteren Abtransporten konnte bisher eine Genehmigung nicht erlangt werden.

Schließlich hatten auch noch in Lettland 400 deutsche Kriegsgefangene der Heimkehr, für die hoffentlich recht bald die Genehmigung erteilt wird, da man ihre Lage in düsteren Farben sieht. Die Genehmigung soll erfolgen, sobald die diplomatischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen worden sind.

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Nach längerer Unterbrechung kann jetzt mit dem Eintreffen eines Transportes deutscher Kriegs- und Zivilgefangener aus Rußland gerechnet werden. Ein Funkpruch aus Moskau meldet, daß ein Transport mit 600 Deutschen, Zivilisten, Greise, Frauen und Kinder, am 7. Februar Moskau verlassen wird. Der Transport wird durch den Entgegenkommen der polnischen Behörden über Vorkosten geleitet, wo für Empfang und Weiterleitung alle erforderlichen Maßnahmen getroffen worden sind. Die Zollregistrierung erwartet als unumgängliche Voraussetzung für die weiteren Heimtransporte der Deutschen aus Rußland die Verhinderung jeder propagandistischen Anwerbung unter den in Deutschland befindlichen russischen Kriegsgefangenen und den Angehörigen der Bermontdarmee zum Zwecke der Verwendung für irgend eine antibolschewistische Front.

Nach telegraphischer Mitteilung der Schweizerischen Seefahrtsgesellschaft in Tokio verließ der vierte Heimtransport deutscher Kriegsgefangener aus Japan auf dem Dampfer „Hudson Maru“ am 27. Januar Kobe. Der Transportführer ist der Korvettenkapitän Wödeker. An Bord befinden sich 12 Offiziere, 14 Portpce-Unteroffiziere und 582 Unteroffiziere und Mannschaften, insgesamt 608 Personen. Abgesehen von den Verheirateten, die im Februar mit ihren Familien abreisen werden, umfaßt dieser Transport die letzten aus Japan zurückkehrenden Kriegsgefangenen. Der Dampfer fährt zunächst nach Tsinghai, um dort 150 Internierte und einige Zivilgefangene aufzunehmen und wird ferner Singapores, Hongkong und Port Said anlaufen. Die Ankunft in Wilhelmshaven ist Anfang April zu erwarten. Etwa 300 in Freiheit befindliche Deutsche warten in Japan ihre Ueber-

fahrt nach China und Japan ab. Andere werden im Lande selbst verbleiben.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
laufend Neu-Eingänge.
Wiesbaden, Scharfes Eck.

lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 10. Februar 1920.

s. Gemeindevorstellung. Die am Samstag abgehaltene Sitzung war von allen Vertretern besucht, vom Gemeinderat waren erschienen die Herren G. Schäfer, H. Thiele, R. Eitner, Bauwart Hesse, R. Alee und Beigeordneter Lang, welcher den Vorsitz führte.

Herr Bürgermeister Kessels ist erschienen, um sich den Gemeindevorstellern und Gemeinderäten vorzustellen. Nachdem er der Beratung der ersten Punkte beigewohnt hatte, verabschiedete er sich wieder, wobei er mit herzlichen Worten die Hoffnung aussprach, daß er in seiner Amtsführung die Unterstützung aller Gemeinderäte, Gemeindevorsteher und Gemeindebeamten finden werde, wie er auch bestrebt sein werde, die Amtsgeschäfte völlig unparteiisch zum Wohle des Ganzen zu führen.

Die Tagesordnung erfaßt folgende Erledigung:

1. Beschlußfassung über Erhöhung des Einkommens der Hilfsbeamten.

Die Vorlage war vom Gemeindevorstand dem zuständigen Ausschuss zur Vorberatung überwiesen worden. Herr Eitner als Referent bringt folgenden Kommissionsvorschlag zur Kenntnis: Es sollen die Hilfsbeamten-Gehälter wie folgt festgesetzt werden (die in Klammern befindlichen Zahlen bedeuten das bisherige Einkommen): B. Marheimer 400 (225) M., W. Marheimer 225 (150) M., Frl. Rabenstein 300 (115) M., Jean Kossel 180 (91) M., L. Fischer 400 (225) M., Abels 450 (400) M., Frl. 450 (225) M., Spitz 100 (64) M. Die G. Betr. Kahn, Bergmann, Legeh, Kossel bemängeln einzelne niedrige Sätze, es werden infolgedessen die Entlohnungen erhöht bei Kossel auf 225 M. und Spitz auf 150 M. Die Erhöhung tritt in Kraft bei Abels rückwirkend am 1. Januar. — Die Annahme der vorgeschlagenen Erhöhungen erfolgt einstimmig.

2. Gewährung von Winterbeihilfen an entlassene Hilfsbeamte.

Es handelt sich um die Hilfskräfte Seipel, Frl. Ehrengart, Frl. Rambow. Es werden je 200 M. bewilligt.

3. Festsetzung des Gehalts für den neugewählten Bürgermeister.

Der Vorsitzende bringt den Vorschlag des Gemeinderates zur Kenntnis. Herr Kessels wird vom 15. d. Mts. ab den Posten des Bürgermeisters provisorisch verwalten und vom 1. April ab definitiv. Es sollen 1000 M. Gehalt pro Monat festgesetzt werden, entsprechend der 15-jährigen Dienstzeit beim Staat. Die Herren Kahn und Thiele äußern sich zustimmend, ebenso Herr Eitner. Herr Bauwart Hesse gibt Aufklärung über die Gehaltsklassen der Staatsbeamten. Nach kurzer Aussprache wurde die Vorlage des Gemeindevorstandes einstimmig angenommen.

4. Antrag des Wirtvereins auf Aufhebung der Alzise.

Der Verein hat ein Gesuch eingereicht, in dem er um Beseitigung der Alzise bittet. Begründet wird es durch die außergewöhnlichen Verhältnisse, die jetzt herrschen und die den Wirten große Opfer auferlegen, besonders denen, wo die Säle besetzt sind. Auch seien die Quartiergelder noch nicht ausgezahlt. — G. B. L. Ehrengart betont, daß er schon immer ein Gegner der Alzise gewesen sei. Er ersucht aber den Gemeindevorstand, den Alzise-Ablosungen näherzutreten und diese zu prüfen. G. Rat Schäfer ist ebenfalls Alzise-Gegner, da aber nur der Bruchteil eines Pfennigs auf ein Glas Bier oder Wein komme, so falle dies bei den hohen Preisen überhaupt nicht ins Gewicht, während die Gemeindefasse den Ausfall sehr spüren werde. Das Gesuch wird einstimmig abgelehnt.

Vors. Lang bringt noch ein Schreiben des Kreis-Ausschusses für Jugendpflege zur Kenntnis. Die Erledigung wird dem Gem.-Rat überlassen.

Die Ortsbauernschaft hat ein Schreiben eingereicht. Vors. Lang verliest dasselbe und die Vertretung tritt in eine Besprechung desselben ein. G. B. Heinz giebt die näheren Erläuterungen. Es sind von hiesiger Gemeinde zu liefern 8 Röhre und Rinder, sowie 15 Ziegen für die Kriegsgebiete in Frankreich und Belgien. Zur die abzuliefernden Röhre ist ein Preis von 3150 M. gewährt, für Ziegen ein solcher von 55 Mark pro Stück. Die Einkaufspreise sind aber bedeutend höher, so daß die, welche Vieh abliefern müssen, Schaden erleiden, den sie unmöglich allein tragen können. Die Besprechung fand damit ihr Ende, daß festgestellt werden konnte, daß eine Schädigung des Einzelnen zu vermeiden sei. Das Gesuch wird in nächster Sitzung erledigt.

Es kam dann noch eine ausführliche Besprechung über die Brennstoffversorgung zustande. Besonders das Geschäftsgebahren eines hiesigen Händlers fand allseitige Verurteilung. Der Gemeindevorstand in Verbindung mit der Kohlenkommission wird sich noch damit befassen. Die Sitzung war damit beendet.

1. Auszeichnung. Herrn Wasserbauwart Hesse ist das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen worden.

** Vortrag. Auf Veranlassung der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer usw. wird Herr Sekretär Steindorf von der Versorgungsstelle Wiesbaden am nächsten Donnerstag im „Anker“ einen Vortrag halten über Renten- und Versorgungsansprüche, sowie Kapitalabfindung und Siedlung usw. halten. Der Redner wird in 2stündigem Vortrag genannte Themen erschöpfend behandeln und dadurch einem von den Kriegsbeschädigten lange empfundenen Bedürfnis entsprechen. Unbedingt notwendig ist es daher, daß alle Interessenten dem Vortrage beiwohnen, besonders auch die Kriegsbeschädigten, die sich der Organisation noch nicht angeschlossen haben und denen eine Aufklärung dringend nottut.

* Der vergangene Sonntag war wegen der heitern und sonnigen Witterung als ein schöner Vorfrühlingsstag anzusehen. Die Wiesbadenerstraße wimmelte von Menschen aus der Stadt, die sich einen stärkenden Spaziergang leisteten. Die Folge war, daß die Wirtschaften von Fremden vollbesetzt waren. Viele setzten indes ihre Wanderung fort ins Rheingau, kamen aber meist mit langen Gesichtern zurück, da ihnen dort dank der Einigkeit der Rheingauer Wirte 5 Mark für den halben Schoppen abgeknöpft wurden. Das ist auch für uns Schiersteiner eine sehr üble Vorbedeutung.

** Verhaftet. Der wegen des bekannten Häuterdiebstahls verhaftet gewesene H. von hier, der vor etwa 14 Tagen mit 4 anderen Strafgefangenen aus dem Gerichtsgefängnis ausgebrochen war, ist am Freitag hier wieder festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert worden.

* Aus Coblenz meldet das dz.-Büro Mainz: Nachdem das französische Parlament die Einführung der Sommerzeit beschlossen hat, ist, wie die „Cobl. Volksztg.“ schreibt, bestimmt zu erwarten, daß in der Nacht zum 15. Februar im besetzten Gebiet auch für den Eisenbahnverkehr die mitteleuropäische Zeit eingeführt wird.

— Doppelte Steuererklärungen. Bis her war es üblich, daß Steuerpflichtige, die zur Einreichung einer Steuererklärung verpflichtet waren, nur ein Formblatt der von ihnen auszufüllenden Steuerklärung erhielten; damit war für viele Steuerpflichtige die Unannehmlichkeit verbunden, für ihre eigenen Zwecke eine Abschrift der Steuerklärung herzustellen. Im Interesse der Steuerpflichtigen hat nun der Reichsminister der Finanzen angeordnet, daß in Zukunft allen Steuerpflichtigen je zwei Steuerklärungsformulare zugestellt werden, von denen das eine für den eigenen Gebrauch des Steuerpflichtigen bestimmt ist. Von dieser Verfügung, die von vielen Steuerpflichtigen dankbar begrüßt werden wird, soll schon bei der Veranlagung der Kriegsobgaben Gebrauch gemacht werden, sofern nicht etwa in einzelnen Bezirken infolge des Mehrbedarfs an Formblättern eine Verzögerung in der Veranlagung zu besorgen ist. Es wird jedoch besonders darauf hingewiesen, daß die Verpflichtung zur Abgabe der Steuerklärung nicht von der Ausbändigung zweier Formblätter abhängig ist.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Diejenigen Einwohner, welche durch ein französisches Kriegsgericht bestraft worden sind, wollen sich bis morgen **Mittwoch, den 11. d. M., nachmittags 3 Uhr,** auf Zimmer 7 des Rathhauses melden.

Betr. Ausgabe von Weizengries.

Die Ausgabe von Weizengries für Kinder und Kranke findet Donnerstag, den 12. ds. Mts., von vormittags 9 bis 10 Uhr gegen Vorzeigung der Ausweise auf Zimmer 4 im Rathause statt. Ein Pfund kostet 80 Pfennig. Die Beträge sind unbedingt abgezahlt mitzubringen.

Bekanntmachung.

Am Sonntag, den 14. d. Mts., 11 Uhr vormittags, werden im Hofe der Schule an der Schullstr.

2 Fohlen (1 und 2 Jahre alt)

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigert.

Betr. Hebung der Staats- und Gemeindesteuer.

Die Hebung der 4. Rate Staats- und Gemeindesteuer findet in der Zeit vom 1.—15. Februar bei der Gemeindekasse statt. Nach dem 15. Februar findet das Beitragsverfahren statt.

Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle die Personen, die zur Ergänzungsteuer veranlagt sind, einen weiteren Zuschlag zu entrichten haben, der mit erhoben wird.

Als verloren ist gemeldet:

Eine weiße Perlenkette.

Näheres auf Zimmer 1 im Rathause.

Schierstein, den 9. Februar 1920.

Der Bürgermeister.
S. V.: Lang.

Chantiermeister

von Mainzer Sektellerei gesucht. Gest. Anerbieten unter B. 9364 an Ann-Expedit., D. Feent, G. m. b. H. Mainz.

Kaufe

Gold, Silber,

auch beschädigte Gegenstände, Service, Leuchter, Besteck, goldene und silberne Uhren, Brillanten, wie überh. alle Edelmetalle zu Fabrikationszwecken.

M. Krasnoborski,

Uhrmacher und Juwelier, Wiesbaden, Bleichstraße 28.

Geübter

Spiralbohrerschleifer

gesucht.

Rheinische Elektrizitäts-Gesellschaft

Wiesbaden

Selenenstraße 26.

Achtung!

Zur Frühjahrssaat erwichte meine

*** * Gemüse-Sämereien * ***

in nur feinkräftiger Ware. Katalog stets zu Diensten. Beachten Sie meine beiden Schaufenster.

Samenhaus Georg Nickel, Wiesbaden,
30 Welltriststraße 30

Vermessungsbüro Leinweber

Moritzstraße 62. Wiesbaden. Fernruf 3878.

Ausführung von katasteramtl. Teilungsmessungen und Grenzerstellungen, Höhenaufnahmen. Anfertigung von Lageplänen zu Baugesuchen usw.

Gold- und Silbermünzen kauft

M. Heine, Wiesbaden, Welltriststraße 4.

Gold

In jeder Form und Menge auch Zähne **kauft**

Juwelen
Uhren

Platin

für hohen
Preis!

Bok

Wiesbaden -
Kirchgasse 70

Silber

Ein gutempfohlener

Wächter

gesucht.

Söhnlein & Co.

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Biebrich, Rathausstraße 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6 1/2 Uhr Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr geöffnet.

Besonders preiswert empfohlen zum Uebergang

Schilde Hüte

in Tüll und Seide. Auch werden solche mit zugegebenem Material bei billiger Berechnung ansehnlich. Kasse. fahm. Bedienung. Puff- und Fassonier-Anstalt

J. Wagner
Mainz, Münsterstr. 3.

Ein tüchtiges

Mädchen

gesucht.

Conditorei Fritz Reich.

Achtung! Möbel!

Spezialität:
Neue Pitsch-Küchen, Speisezimmer, Vertiko, Kleiderschränke etc.

A. Diehm, Schreiner,
Mainz, Behelsgasse 21.
Anzusehen von 9-4 Uhr

Haus

Adolfstraße 4
mit Stallung und Scheune ist zu verkaufen. Näheres daselbst.

Kaufe

zu hohen Preisen

Brillanten

Uhren

Gold

Silber

in jeder Form und Menge.

Singer,

Wiesbaden,

4 Langgasse 4

Trauer-Drucksachen

in vornehmer Ausführung auf Wunsch in wenigen Stunden, liefert

Buchdruckerei W. Probst.

Kleine Anzeigen

werden nur nach vorheriger Bezahlung aufgenommen. Für telephonisch aufgegebenes Inserate wird keine Garantie für den richtigen Wortlaut übernommen.

Schiersteiner Zeitung.

Gold- und Silbermünzen

sowie Bruchgold u. Silber kauft zu höchsten Tagespreisen
Milberg, Mainz, Quintinsstraße 12.

Achtung!

Brillanten, Gold und Silber in jeder Form, sowie goldene Uhren kauft höchstzahlend

M. Krasnoborski,

Wiesbaden, Uhrmacher und Juwelier, Bleichstraße 28

Reichsbund der Kriegsbeschädigten pp. Ortsgruppe Schierstein.

Am Donnerstag, den 12. Februar 1920, abends 7 Uhr in der Gastwirtschaft Aug. Lohn, Adolfstraße

Vortrag

des Herrn Sekretärs Steindorf der Versorgungsstelle Wiesbaden über

Renten- und Versorgungsansprüche, Kapitalabfindung und Siedelung pp.

Da der äußerst lehrreiche Vortrag für alle (auch für die noch nicht organisierten) Versorgungsberechtigten, im größten Interesse ist, wird um allseitige Teilnahme dringend gebeten.

Der Vortrag findet pünktlich und bestimmt statt.

N. B. Beitrittserklärungen für unsere Ortsgruppe nehmen jederzeit gerne gegen: Gastwirt August Lohn, Feiseur Glöckner und Feiseur Hennemann.

Der Vorstand.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater

Jakob Schneider

gestern abend 11 Uhr, nach langem, schwerem Leiden im Alter von 41 Jahren sanft verschieden ist

Die trauernde Witwe

Auguste Schneider nebst Kinder

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 12. Februar, nachm. 3 Uhr, vom Sterbehaus Gartenstrasse 15, aus statt.

Danksagung.

Aus Anlass der überaus grossen Anzahl von Beweisen innigster Teilnahme bei dem uns schwer betroffenen Verlust unseres Sohnes

Paul

bitten wir alle Diejenigen, die mitfühlend unserer gedacht haben, auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank entgegenzunehmen. Besonderen Dank den Schwestern für ihre liebevolle aufopfernde Pflege, seinen Mitschülern mit ihrem Klassenlehrer, dem Lehrerkollegium und seinen Kameraden der Landwirtschaftsschule Hof Gaisberg.

Schierstein a. Rh., 10. Februar 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen:

Familie Christoph Kieser

Gärtnereibesitzer.

Säcke Felle

Lumpen, Papier, Reutuchabfälle, Wollgestrick, Rogg Haare, Gummi, Kupfer, Messing, Zint, Stanniol, Eisen kauft zu höchsten Tagespreisen

Niesel & Sperber, Wiesbaden, Dogheimerstr. 20. Telefon 622

Getragene und unmoderne

Herren- und Damen-Hüte

in Stroh, Filz und Velour werden bei schnellster Lieferung gewaschen und auf moderne Formen umgepreßt bei **Hummel, Wiesbaden, Kleine Langgasse 9.**

Perfer

und Teppiche jegl. Art, Reliefs, Silber, Bronze und Kunstgegenstände, Möbel, Altertümer, Gold- und Silber-Münzen kauft zu höchsten Preisen.

E. Klapper,

Wiesbaden, Friedrichstraße 55, Telefon 1872